BlinkistDE

Jenseits von Kohle und Stahl

Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom

von Lutz Raphael



Buch (Komplettfassung)

Worum geht’s?

Wir leben in einem postindustriellen Zeitalter. Ehemals wichtige Industrien wie Stahlbau, Kohleabbau oder Textilindustrie spielen in den westlichen Nationen kaum mehr eine Rolle, und falls es noch so etwas wie eine Arbeiterklasse gibt, ist sie in der Öffentlichkeit und Politik kaum mehr präsent. Wann, wie und warum das angefangen hat, erfährst du in den Blinks zu Jenseits von Kohle und Stahl (2019). Am Beispiel der ehemaligen Industrienationen Frankreich, Großbritannien und Westdeutschland wird hier die Geschichte der Deindustrialisierung in den Jahren 1970 bis 2000 nachgezeichnet.

Wer diesen Titel lesen sollte

Historiker, Studierende und Geschichtsinteressierte

Alle, die die Ursachen des Niedergangs der Volksparteien nachvollziehen wollen

Alle, die den Wandel westeuropäischer Industrienationen verstehen möchten

Wer das Buch geschrieben hat

Lutz Raphael wurde in Essen geboren – einem Zentrum der westdeutschen Bergbauindustrie. Seit 1996 ist er Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier und war unter anderem in Oxford und Paris als Gastdozent. Er ist Mitglied der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur sowie der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. 2013 wurde er mit dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet.

VISIT…

LANZAROTE
Caliente.COM

Was drin ist für dich: Ein historischer Überblick über die Deindustrialisierung Westeuropas und ihre sozialen Folgen.

Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland gehörten einst zu den klassischen und zugleich den erfolgreichsten Industrienationen Westeuropas. In den Schiffswerften Englands schweißten die Stahlarbeiter, in den westdeutschen Zechen schwitzten die Kumpel und in Frankreich summten die Feinspinnmaschinen. Bis in die Siebzigerjahre arbeitete ein Großteil der westeuropäischen Bevölkerung in den verschiedenen Industriesektoren.

Doch die Zeiten änderten sich. Die meisten Industriezweige wurden im Laufe der Siebziger und Achtziger in Niedriglohnländer verlegt und der rapide technologische Fortschritt machte viele Handwerksberufe obsolet. Westeuropa wurde deindustrialisiert. Millionen von Menschen verloren daraufhin ihre Arbeit, ihre politische Repräsentation und ihre Perspektive – eine Entwicklung, die bis heute nachwirkt.

Die Blinks zu Jenseits von Kohle und Stahl geben einen Einblick in die Zeit des Wandels von 1970 bis 2000. Am Beispiel von Frankreich, Großbritannien und Westdeutschland zeigen wir dir, wie der Strukturwandel die betroffenen Gesellschaften auf allen Ebenen veränderte und prägte. Du erfährst, wie wir die Folgen des Wandels selbst heute noch spüren können.

Du wirst herausfinden,

warum der Klassenkampf der Arbeiterschicht heute kein Thema mehr ist,
weshalb die Stammwähler der linken Parteien kaum mehr richtige Arbeiter sind und
worin das moderne Bildungsideal besteht.

Die Globalisierung führte zum Niedergang der alten Industrien in Westeuropa.

Die ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren für die westlichen Industrienationen die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Auf die desaströse Bilanz des Krieges folgte das Wirtschaftswunder und der gesamtgesellschaftliche Wohlstand nahm wieder zu. Doch der Aufschwung hielt nicht allzu lange an: Bereits ab Mitte der Siebzigerjahre setzten tief greifende Veränderungen ein, die das rasante Wachstum bremsten.

Zwischen 1970 und 2000 schrumpfte die Industrie Frankreichs, Großbritanniens und Westdeutschlands gewaltig. Die alten Industriesektoren – Stahlwerke, Kohlezechen, Schiffswerften und Textilfabriken – verschwanden nach und nach. Und mit ihnen Millionen Arbeitsplätze. In Deutschland ging etwa ein Viertel aller Jobs im industriellen Bereich verloren, in Frankreich und Großbritannien war es sogar die Hälfte. Wie konnte es dazu kommen?

Ein Auslöser dieser Entwicklung war die fortschreitende Internationalisierung der Märkte. Durch die weitgehende Öffnung der europäischen Wirtschaft intensivierte sich der Konkurrenzdruck auf die nationalen Industrieunternehmen, was zu Rationalisierung und dem

Abbau von Arbeitsplätzen führte. Vor allem in Ostasien war die industrielle Produktion wesentlich günstiger, weshalb technologisch einfache, aber arbeitsintensive Prozesse in diese Länder ausgelagert wurden. Die Deindustrialisierung Westeuropas war somit die Kehrseite des Aufstiegs neuer industrieller Standorte wie China, Südkorea und Indonesien.

Westeuropa übernahm zwei Funktionen in der neuen Wirtschaftswelt: Zum einen verblieben dort die Forschungs-, Entwicklungs- und Planungszentren, wo die massentauglichen Produkte entwickelt wurden, die dann zur Herstellung nach Asien gingen. Und zum anderen wurde es zum Spezialisten für Technologien, die ein hohes Maß an technischem Know-how erforderten, zum Beispiel für die Produktion von Industrierobotern.

Zu diesen wirtschaftlichen Veränderungen kamen technische Innovationen aus den Bereichen IT und Robotik hinzu, die die Arbeitswelt nachhaltig veränderten: Industrieroboter ersetzten nach und nach die Schweißer, Lackierer, Montagearbeiter und Packer in den Fertigungshallen, deren Arbeitskraft somit nicht mehr gebraucht wurde.

Diese Entwicklungen führten jedoch nicht nur zum Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch zu wirtschaftspolitischen Veränderungen: Insbesondere in Frankreich und Großbritannien zog sich der Staat immer weiter aus der Industrie zurück. Bedeutsame öffentliche Unternehmen wurden privatisiert und die Regierungen gaben die Idee des Sozialstaates zugunsten eines neoliberalen Wirtschaftsmodells auf.

Die sozialen Konsequenzen waren schwerwiegend. Besonders hart getroffen wurden ungelernte Arbeiter und Angestellte sowie Ältere, Jugendliche und Frauen. Männliche Industriearbeiter über fünfzig waren mehr oder minder gezwungen, vorzeitig aus dem Berufsleben auszuscheiden, viele Jugendliche fanden überhaupt keine Arbeit und weibliche Arbeiterinnen aus der Textil-, Möbel- und Nahrungsmittelindustrie verloren ihre Jobs.

So entstand aus der ehemaligen Arbeiterschicht eine neue Schicht der Armen, Arbeitslosen und sozial Abgehängten, deren Sorge um Arbeit und soziale Grundsicherung wieder zum Lebensmittelpunkt wurde.

Mit der Deindustrialisierung verschwand die Arbeiterklasse samt ihrer politischen Repräsentation aus der Öffentlichkeit.

Wer spricht heute noch vom Klassenkampf? Kaum jemand. Jede gesellschaftliche Veränderung geht mit einem Wandel der gängigen Denkmuster einher. So war der Rückgang der Industrieproduktion auch ein Abschied vom ideellen und tatsächlichen Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Industrieeigentümern.

Die industrielle Arbeiterschaft gab es nach der Deindustrialisierung nicht mehr. Sie löste sich als Klasse oder Kollektiv insofern auf, als sie in der Öffentlichkeit kaum mehr Gehör fand und in der Politik nicht mehr repräsentiert wurde.

Parteien und Gewerkschaften entfernten sich immer weiter von denen, die sie eigentlich vertreten sollten. So kamen nun beispielsweise immer mehr Parteimitglieder der SPD aus

industriefernen Mittelschichten, vor allem dem öffentlichen Dienst. Die Arbeiterschicht als frühere Stammwählerschaft wurde mit der Zeit immer stärker vernachlässigt. Die SPD rückte so in die politische Mitte vor und verlor dadurch als „Partei des kleinen Mannes“ dramatisch an Glaubwürdigkeit.

Auch in Frankreich gingen die Wege der Arbeiterinnen und der linken Parteien PS und PCF auseinander. Stattdessen wurde der rechtspopulistische Front National für Industriearbeiter und Angestellte der unteren Einkommensklassen zunehmend attraktiver.

Aber auch Sozialwissenschaftler und Kulturschaffende distanzierten sich von der industriellen Arbeiterschicht als Kollektiv. Statt des Klassenkampfes wurden nun neue Phänomene sozialer Ungleichheit oder Ungerechtigkeit in den Fokus genommen – wie etwa Rassismus, Sexismus, die Benachteiligung sexueller Minderheiten oder nach 1990 die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Wer links ist, vertritt die Interessen der Arbeiterklasse: In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das noch als politische Gewissheit gegolten. Doch mit der Deindustrialisierung begann die Gewissheit zu bröckeln.

Parallel zu dieser Entwicklung erfuhr der Neoliberalismus seine Blütezeit. In den 1980er- und 1990er-Jahren wurden zahlreiche öffentliche Unternehmen privatisiert, staatliche Kontrollen im Finanzwesen abgebaut und sozialstaatliche Leistungen ausgedünnt. Das alte Sprichwort „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ feierte seine Rückkehr und wurde zum Credo der Gesellschaft.

Der Beginn der Deindustrialisierung war von Arbeitskämpfen geprägt, die jedoch nicht lange anhielten.

Die Arbeiterklasse verlor durch die Deindustrialisierung an politischer Macht. Aber gab sie ihre Position einfach kampflos auf?

Natürlich nicht. Vor allem Frankreich und Großbritannien wurden in den 70er-Jahren von Streiks und Protesten aufgewühlt. Der Widerstand der Arbeiterschaft hatte Tradition: Karl Marx und Friedrich Engels hatten bereits 1849 in ihrem Manifest der Kommunistischen Partei beschrieben, wie stark die bisherige Geschichte von Klassenkämpfen geprägt gewesen war. Dieses Geschichtsverständnis und das entsprechend Vokabular der Arbeiterbewegung hielten sich bis in die 70er-Jahre. Dabei gab es zwei Modelle des Arbeitskampfes: Militanz, im Sinne von Konfrontation, oder Kooperation.

In Großbritannien und Frankreich wählte man die konfrontative Variante, also Streiks, Fabrikbesetzungen, Straßenblockaden und andere Protestformen. In der BRD hingegen setzte man auf Kooperation. Dank der antikommunistischen Dogmen der Nachkriegszeit stellte der militante Flügel der Arbeiterschaft in Westdeutschland lediglich eine unbedeutende Minderheit.

So kam es vor allem in Frankreich und Großbritannien zwischen 1968 und 1979 zu massenhaften Arbeiterprotesten. In Großbritannien erreichten die Konflikte 1978/79 ihren Höhepunkt. Im Winter of Discontent gingen mehr als 4,6 Millionen Arbeiter auf die Straße, um gegen die damaligen Zustände zu protestieren. Zur gleichen Zeit streikten im französischen Longwy und Denain etwa 60.000 Stahlarbeiter und bei einem Marsch auf Paris kamen kurz darauf 250.000 Teilnehmer zusammen.

Inhalt der Proteste waren vor allem Lohnkürzungen, die wachsende Inflation, der Wegfall von Arbeitsplätzen sowie die damaligen Lebensverhältnisse im Arbeitermilieu, welche weit hinter dem allgemein wachsenden Lebensstandard zurücklagen.

In Westdeutschland war die Streikbeteiligung im Vergleich eher niedrig. Hier setzten Gewerkschaften und die sozialdemokratische Regierung Willy Brandts auf Kooperation statt Konfrontation. Zudem schreckten viele deutsche Arbeiter vor den verbotenen Protesten zurück und beschränkten sich auf legale, friedliche Demonstrationen. Dieser Legalismus war den französischen und britischen Kameraden völlig fremd.

In Deutschland kam es im Vergleich erst spät zu konfrontativen Protesten. Im Winter 1987/88 etwa begehrten an die 100.000 Menschen gegen die Schließung des Krupp-Werks in Duisburg-Rheinhausen auf.

Insgesamt nahmen die Proteste in den Achtzigerjahren jedoch deutlich ab. Schlechte Arbeitsbedingungen, Mehrarbeit und Lohnkürzungen wurden überwiegend widerspruchslos hingenommen, da sich die Auffassung verbreitet hatte, Widerstand sei sowieso zwecklos. Das war das Ende des öffentlich geführten Arbeitskampfes, mit dem zugleich auch der Siegeszug der neoliberalen politischen Agenda eingeläutet wurde.

Mit der Deindustrialisierung begann der Abbau von Sozialleistungen sowie die Liberalisierung der Arbeits- und Lohnpolitik.

Bis in die 70er-Jahre hatten Industriearbeiter in Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik vielfältige sozialrechtliche Garantien und Arbeitssicherheiten genossen. Dazu gehörten unter anderem ein Mitspracherecht in den Betrieben, feste Arbeitszeiten und politisch gesicherte Ansprüche auf Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Invaliditäts- und Altersrenten sowie Krankenversorgung. Eine der wichtigsten Errungenschaften waren die standardisierten, tarifrechtlich abgesicherten Löhne. Sie prägten die Gemeinschaft der Arbeiter.

All das änderte sich jedoch mit dem Beginn der Deindustrialisierung. Die Kollektivgehälter und sozialen Absicherungen wurden nach und nach abgeschafft. Und den Unternehmern wurden in der Lohn- und Personalpolitik größere gesetzliche Freiheiten gewährt, sodass die Arbeiterschaft sich nun mit individuell ausgehandelten Verträgen zufriedengeben musste.

Von dieser politischen Liberalisierung profitierten natürlich vor allem die Unternehmen, da sie sich fortan nicht mehr an gewerkschaftlich ausgehandelte Lohn- und Absicherungsstandards halten mussten. Begründet wurde dieser Rückgang mit einer

drohenden Massenarbeitslosigkeit wegen der nicht mehr konkurrenzfähigen Produktionsbedingungen.

Die konsequenteste und schnellste Liberalisierung vollzog sich in Großbritannien. Stück für Stück brach die konservative, marktliberale Regierung Margaret Thatchers die Macht der britischen Gewerkschaften und ab den 1980ern damit auch die Geltung kollektiver Tarifverträge.

In Frankreich und Deutschland dauerte es etwas länger, doch bis zum Jahr 2000 war der Einfluss der Gewerkschaften in allen drei Ländern nichtig geworden. Das lag zum einen daran, dass die Gewerkschaften durch den Rückgang der Industriearbeitsplätze auch einen Rückgang in den Mitgliederzahlen erlitten. Zum anderen wurden die prozentualen Anteile der Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben immer kleiner. 1974 hatte die CGT, Frankreichs stärkste Industriegewerkschaft, 1,8 Millionen Mitglieder. Neun Jahre später waren es nur noch 480.000.

In der Bundesrepublik schafften es die Industriegewerkschaften ein wenig besser durch die Krise. Die IG Metall verzeichnete in den 1980er- und 90er-Jahren weiterhin konstante 2,5 Millionen Mitglieder. Aber auch hier folgte die Politik bald dem britischen Modell. Mit den Gesetzespaketen Hartz I bis Hartz IV Anfang der 2000er wurde die flexible Gestaltung der Arbeitsmärkte möglich. So bekamen Arbeitgeber mehr Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Arbeitsverträge, Urlaubsansprüche und Rentenzahlungen. Statt dauerhafte Sozialleistungen zu garantieren, wurde im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut lieber auf Niedriglöhne gesetzt.

Am Ende sanken zwar die Arbeitslosenzahlen, doch dafür stieg die Zahl derer, die in befristeten Verträgen, Teilzeit und Leiharbeit beschäftigt waren oder im Niedriglohnsektor arbeiten mussten.

Mit dem technologischen Fortschritt wurden Wissen und Bildung zur wichtigsten Ressource.

Die Industriearbeit bestand lange Zeit vor allem aus harter körperlicher Arbeit und monotonen Routinetätigkeiten. In den Zechen, Werften und Fabriken brauchte man keine besonderen technischen oder handwerklichen Kompetenzen.

Doch mit dem technologischen Fortschritt veränderten sich auch die Anforderungen an die industrielle Arbeiterschaft. Der Einzug von Robotern und computergesteuerten Maschinen in die Industrie wird auch als dritte Industrielle Revolution bezeichnet. Neues, technisches Spezialwissen war nun gefordert.

Damit die Arbeiter diesen Anforderungen gerecht werden konnten, bedurfte es einer Justierung des Bildungssystems. Den nachfolgenden Generationen mussten jene Kompetenzen vermittelt werden, die zur Bedienung der neuen technischen Mittel nötig waren. Im Zuge dessen gewann nicht nur die Bedeutung erlernten Wissens für den konkreten Arbeitsalltag an Bedeutung. Auch schulische und berufliche Ausbildungstitel

wurden immer wichtiger. Aus der bestehenden beruflichen Hierarchie wurde so eine Bildungshierarchie.

Auch Weiterbildungen und Zusatzqualifikationen wurden zu wichtigen Bestandteilen des Berufslebens. Der ideale Arbeiter sollte möglichst universell und flexibel einsetzbar sein und daher mit verschiedenen Maschinen und Technologien umgehen können. Ältere und ungelernte Arbeiter wurden oftmals entlassen oder gingen in Frührente.

Bei der Anpassung des schulischen und beruflichen Bildungssystems an diese neuen Herausforderungen schlugen die Länder verschiedene Wege ein. Großbritannien entschied sich einmal mehr für die extrem liberale Variante: Die Vermittlung von Produktionswissen wurde hier größtenteils zur Angelegenheit zwischen Arbeitgeber und -nehmer, wodurch zahllose verschiedene Ausbildungstitel entstanden. In der BRD dagegen war die Berufsausbildung standardisiert. Es gab eine reglementierte duale Lehre, die auf staatliche Berufsschulen und private Betriebe aufgeteilt war.

Die Bedeutungszunahme von Wissen und Bildung war jedoch kein Phänomen, das sich auf die Industriearbeit beschränkte. Überall war die Rede vom Verschwinden des Handwerks sowie der wachsenden Wichtigkeit abstrakten Wissens. Zeitdiagnostiker beschworen den Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft und erhoben lebenslanges Lernen zum neuen Ideal.

Das Wort Humankapital wurde zum Inbegriff einer neuen Bildungsideologie, die sich den kreativen Künstler und den ewig forschenden, innovativen Naturwissenschaftler zum Leitbild machte. Körperliche Arbeit wurde so gegenüber der geistigen Tätigkeit abgewertet.

Dieses neue Bildungsideal beeinflusste natürlich auch die Jüngsten. In den 1970er-Jahren stieg die Anzahl der Schüler, die einen Realschulabschluss oder Abitur machten. Gleichzeitig aber hatten es Schulabbrecher und Hauptschüler wesentlich schwerer, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden.

Wissen und Bildung gehörten nach Auffassung vieler Menschen zu den tragenden Säulen einer zukunftsfähigen Gesellschaft und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Für viele Menschen hatte diese Gewichtsverlagerung jedoch gravierende Auswirkungen.

Stabil geglaubte Karriereleitern brachen mit der Deindustrialisierung am oberen Ende ab und wurden unsicher.

An den Lebenswegen der „kleinen Leute“ haben Historiker in der Regel wenig Interesse. Deshalb wurde ihnen in der neusten europäischen Geschichte bisher wenig Beachtung geschenkt. Auf welche Weise beeinflusste die Deindustrialisierung die Biografien der Arbeiterinnen und Arbeiter? Wie verlief ihr Berufsleben in den drei Jahrzehnten des Umbruchs?

Bis in die frühen Siebzigerjahre konnten sich Industriearbeiter auf eine relativ stabile Karriere verlassen. Zu Zeiten des Wirtschaftswunders lag das Lohnniveau vergleichsweise hoch, die

Arbeitsplätze waren sicher und gerade in den schnell expandierenden Großbetrieben gab es gute Aufstiegschancen.

Die Armut, die seit der Industriellen Revolution das Leben vieler Arbeiter geprägt hatte, ging endlich zurück. In England sprach man sogar vom Affluent Worker, dem „wohlhabenden Arbeiter“. Das Ende des Prekariats schien gekommen.

Mit dem Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums ab 1973 löste sich diese Hoffnung jedoch schlagartig in Luft auf. Millionen Arbeiter verloren ihre Arbeitsplätze und bei jenen, die ihre Stelle behielten, stagnierten die Löhne. Die beruflichen und damit auch sozialen Aufstiegschancen wurden reduziert und die drohende Arbeitslosigkeit hing wie ein Damoklesschwert über der Arbeiterschaft. Berufliche Um- oder Neuorientierungen bestimmten nun den Lebensweg vieler Arbeiter.

Für die Jugendlichen gestaltete sich der Einstieg in die Arbeitswelt aufgrund des Arbeitsplatzmangels und der steigenden Erwartungen hinsichtlich Ausbildung und Qualifizierung zunehmend schwierig. Mittelalte Industriearbeiter waren oftmals gezwungen, als Quereinsteiger in anderen Bereichen neu anzufangen. Um nicht der grassierenden Arbeitslosigkeit anheimzufallen, waren plötzlich Flexibilität und Mobilität gefragt. Und die Älteren gingen frühzeitig in den Ruhestand, was für sie Renteneinbußen sowie oftmals den Verlust ihrer sozialen Kontakte bedeutete.

Das galt insbesondere für die vielen Arbeitsmigranten, die sich ohne ihren Job isoliert in einer fremden Gesellschaft fanden. Der Rückzug aus der Arbeitswelt war für viele der soziale Tod.

Die Unternehmen wurden aufgewertet und die Kooperation mit Gewerkschaften erwies sich als Wettbewerbsvorteil.

Diejenigen, die im Laufe der Deindustrialisierung nicht ihren Job verloren, konnten sich nun glücklich schätzen. Arbeit zu haben, war keine Selbstverständlichkeit mehr, und die persönliche Wertschätzung eines Arbeitsplatzes stieg ungemein.

Das hatte verblüffende Konsequenzen: Schlüsselbegriffe der Kapitalismuskritik wie „Ausbeutung“ und „entfremdete Arbeit“ verschwanden aus dem öffentlichen Diskurs und mit Beginn der 80er-Jahre wich die allgemein eher kritische Haltung einer sehr viel positiveren Sicht auf die Unternehmen als Arbeitgeber.

Firmen wurden nun als Orte der Selbstverwirklichung dargestellt und als dynamische Zentren der innovativen Wertschöpfung wahrgenommen, in denen hochmotivierte Mitarbeiter am laufenden Band neue Ideen produzierten. Mit diesem neuen Image stieg auch die öffentliche Wertschätzung der Unternehmen. Außerdem passte dieses Bild gut zum neuen Konzept des „unternehmerischen Selbst“, das fortwährend an sich arbeitet.

Hinzu kamen die neuen Management-Paradigmen der Achtziger- und Neunzigerjahre, die mit Vokabeln wie „Mitarbeitermotivation“, „Teamgeist“, „Eigenverantwortung“ und

„Freiräume“ Traumwelten zukünftiger Arbeitswelten entwarfen. Und diese Begriffe waren nicht nur leere Floskeln. Tatsächlich fand in der Personalleitung ein Wertewandel statt, der sich auch auf die Organisationsstrukturen auswirkte. Die Beschäftigten wurden selbstständiger, bekamen mehr Verantwortung zugesprochen und forderten diese teilweise auch ein. Das alte autoritäre Führungsmodell mit seinen strengen Hierarchien war nicht mehr zeitgemäß. Gleichzeitig wurde von den Beschäftigten mehr Flexibilität in Bezug auf die eigenen Lebenspläne erwartet.

Außerdem zeigten sich in der BRD nun die Vorteile der Kooperation gegenüber der Militanz. Die betriebliche Interessenvertretung in den deutschen Unternehmen war europaweit einmalig. Nirgendwo sonst hatten direkt gewählte Betriebsräte so viele Partizipationsrechte. Dank dieser Rechte konnten die Arbeiter in gewerkschaftlich stark organisierten Betrieben – zum Beispiel bei Volkswagen – sehr gute Arbeitsbedingungen aushandeln.

Das erwies sich nicht nur für die Angestellten, sondern auch für die Unternehmen als Vorteil, denn eine Belegschaft, die grundsätzlich zufrieden ist und sich vor allem gut vertreten fühlt, ist in Krisenzeiten auch zu Konzessionen bereit. 1998 etwa stimmte der VW-Betriebsrat extremen Arbeitszeitkürzungen und einem partiellen Lohnverzicht zu, um Massenentlassungen zu verhindern.

Eine solche Form der Kooperation zwischen Arbeitern und Unternehmern gab es in Großbritannien und Frankreich nicht. Gerade in den zumeist autoritär geführten Unternehmen Frankreichs erinnerten die Arbeitskämpfe eher an Revolten, eine Zusammenarbeit wie in Deutschland war hier lange Zeit kaum vorstellbar.

Die Deindustrialisierung hat tiefe Spuren im städtischen Raum hinterlassen.

Der Historiker Karl Schlögel schrieb einmal sehr treffend: „Im Raume lesen wir die Zeit.“ Auch die Zeit der Deindustrialisierung hat ihre Spuren hinterlassen: Brachen, Schutthalden, vernagelte Steinbrüche und imposante Ruinenlandschaften zeugen von einer vergangenen Ära Westeuropas. Vor allem in industriellen Ballungszentren ist die Deindustrialisierung heute noch sichtbar, denn diese Orte traf der Wandel besonders hart.

Teilweise mussten sich ganze Städte und Regionen neu erfinden. Dies war insbesondere in Großbritannien der Fall. Während in den ehemaligen Industriezentren Glasgow, Newcastle, Liverpool und Manchester die wirtschaftliche Basis bröckelte, boomten in London die Finanz- und Dienstleistungsbranchen.

Erst in den Achtzigerjahren begannen die alten Industriestandorte, sich um eine Umnutzung der Baracken und Industrieanlagen zu bemühen. Die Städte versuchten, wachsende Finanz- und Dienstleistungsunternehmen anzuziehen, doch der Erfolg ließ oftmals auf sich warten – oder blieb sogar ganz aus. Und selbst wenn eine wirtschaftliche Umorientierung gelang, so konnte der Zuwachs neuer Arbeitsplätze den Abbau der alten kaum vollständig kompensieren.

Auch in Frankreich etablierte sich Paris als Zentrum der Finanz- und Dienstleistungswirtschaft, während Regionen wie Longwy, Nord-Pas-de-Calais oder Nantes, die vormals von der Industrie gelebt hatten, in langanhaltende Strukturkrisen gerieten. In der Bundesrepublik waren es vor allem die Küstenregionen und Städte im Norden wie Hamburg und Bremen sowie das Ruhrgebiet, die unter der Deindustrialisierung litten. Besonders im Ruhrgebiet blieben industrielle Neuansiedlungen die Ausnahme.

Schaut man sich die betroffenen Regionen etwas genauer an, so fällt auf, dass sich die sozialräumliche Zweiteilung der Gesellschaft durch die Deindustrialisierung verschärfte. Während qualifizierte Industriearbeiter mit technischem Know-how in den Rang der Haus- und Grundbesitzer aufstiegen, wurden die weniger qualifizierten Arbeiter an den Rand der Städte gedrängt, wo sich sogenannte „Problemviertel" bildeten.

Die Verdrängung einfacher Arbeiter aus den immer teurer werdenden Innenstädten war im Grunde eine Fortsetzung der sozialräumlichen Trennung des bürgerlichen 19. Jahrhunderts. Diese Peripherisierung ist nicht nur wörtlich, sondern auch symbolisch zu verstehen: Die Arbeiterschaft fiel auf der sozialen Leiter zurück, sie wurde ausgeschlossen und um ihre soziale Anerkennung gebracht.

Und das, während die qualifizierteren Arbeiter nun zur neuen Stammbelegschaft der Industriebetriebe gehörten und sich ihren Traum vom Eigenheim im Grünen erfüllen konnten. Die nach dem Zweiten Weltkrieg vielerorts angestrebte soziale Durchmischung des Wohnraums wurde vernachlässigt und blieb unerfüllt.

Somit verschwanden die Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Sichtfeld der Innenstädte und gleichzeitig auch aus dem Bild der Öffentlichkeit. Dieses Verschwinden war eine Folge des gesellschaftlichen Wandels, dessen Auswirkungen wir noch heute spüren und sehen.

Zusammenfassung

Die Kernaussage dieser Blinks ist:

Nach dem Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit setzte ab den Siebzigerjahren in vielen westeuropäischen Industrienationen ein struktureller Wandel ein. Die europäischen Märkte wurden geöffnet und mussten sich der außereuropäischen Konkurrenz stellen, wodurch viele Industriebereiche in Billiglohnländer abwanderten. Unter dieser Deindustrialisierung und der darauffolgenden Liberalisierung hatte vor allem die Arbeiterschaft zu leiden: Sie verlor ihre Repräsentation, Anerkennung und Klasse. Mit dem technologischen Fortschritt trat außerdem ein neues Bildungsideal seinen Siegeszug an, das weniger qualifizierte Arbeiter an den Rand der Gesellschaft drängte. Die Spuren dieses Wandels sehen wir noch heute.